

GI Leitsätze

Bankhaftung / Anlageempfehlung / Haftungsbeschränkung in AGB

Eine Bank, die ihrem Kunden, dessen Wertpapieranlage erklärtermaßen dem Zweck der Altersversorgung dienen und damit keinen spekulativen Charakter haben sollte, im Jahre 1989 den Ankauf einer DM-Bond-Anleihe empfahl, mußte den Kunden auf die einem Fachmann geläufige umfangreiche Spannweite der öffentlichen Diskussion über die Bewertung der Bonität der Firmengruppe hinweisen.

Im Falle einer Anlageempfehlung ist eine Bank prinzipiell zur eigenständigen Prüfung unter Plausibilitäts Gesichtspunkten verpflichtet. Der Hinweis auf externe Prüfungen bzw. ein Wirtschaftsprüfertestat exculpiert sie nicht. Im Falle des Verstoßes gegen (Aufklärungs-) Kardinalpflichten ist ihr die Berufung auf eine Haftungsbeschränkung in ihrer AGB untersagt.

(LG Hannover, Urt. v. 10.1.1992 – 303 o 232/91, rkr., RPKU 1.216/92)

Leistungen zwischen Steuerberatern / Beweislast / Honoraransprüche

1. Weist eine Steuerberaterpraxis einem im freien Mitarbeiterverhältnis stehenden Steuerberater fortgesetzt Mandate zur Bearbeitung gegen eine festgelegte prozentuale Beteiligung an den „Außenhonoraren“ zu, dann begründet dies in der Regel einen Dienstvertrag.
2. Grundsätzlich ist es Sache des Dienstgebers, angebliche Fehler bzw. Lücken einer abgeschlossenen Arbeit darzulegen und zu beweisen.
3. Räumt der Dienstverpflichtete von vornherein, etwa durch eine um die Hälfte reduzierte Berechnung, eine bloße Teilleistung ein, so steht ihm regelmäßig keine Vergütung zu, sofern er nicht dargelegt und beweist, zur Teilleistung befugt gewesen zu sein.

(OLG Koblenz, Urt. v. 27.10.1992 – 3 U 1868/91 – NJW RR 1993, 250)

Gebührenverjährung

- Erhebung der Einrede
 - Verstoß gegen Treu und Glauben
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91)

Leitsatz:

Es ist dem Mandanten eines Steuerberaters grundsätzlich freigestellt, ob und wann er sich gegenüber dessen Gebührenforderung auf die (zweijährige) Verjährungsfrist beruft. Dies kann auch nach für ihn ungünstiger Beweisaufnahme oder noch im Berufungsrechtszug geschehen, ohne daß dies deshalb rechtsmißbräuchlich ist. Im Kostenpunkt kann dies allerdings die Folgen des § 97 Abs. 2 ZPO auslösen.

Aus den Gründen:

Nach einhelliger Meinung verjähren die Ansprüche eines Steuerberaters wegen seiner Gebühren und Auslagen gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB in zwei Jahren. Die allein im Streit befindliche Rechnung v. 9. 9. 1985 verhält sich über Leistungen, die im Jahre 1985 erbracht worden sind. Die Vergütung war also fällig im Sinne von § 7 StBGebVO. Die Fälligkeit bewirkte den Beginn der zweijährigen Verjährung, der im Hinblick auf § 201 BGB auf den 1. 1. 1986 anzusetzen ist. Durch die Zustellung des Mahnbescheides vom 20. 3. 1986 wurde die Frist unterbrochen (§ 209 Abs. 2 S. 1 BGB). Nach Einlegung des Widerspruchs durch die Beklagte am 16. 4. 1986 wurde der Rechtsstreit zunächst nicht weiter betrieben. Es trat Stillstand des Verfahrens ein. **Gemäß §§ 213, 212 a, 211 Abs. 2 ZPO endet die Unterbrechung mit der letzten Prozeßhandlung der Parteien oder des Gerichts, hier also mit dem Widerspruch der Beklagten am 16. 4. 1986.** Anschließend begann sofort eine neue zweijährige Verjährungsfrist zu laufen. § 201 BGB kommt dabei nicht zur Anwendung. Diese Vorschrift gilt nur für den ursprünglichen Beginn der kurzen Verjährung, nicht aber für deren Fortsetzung nach Beendigung einer Unterbrechung (Palandt, Kommentar zum BGB, 51. Aufl., § 201 Rdn. 1; MünchKomm 2. Aufl., § 201 Rdn. 4 und Anm. zu § 217). Diese neue zweijährige Frist war abgelaufen, als der Kläger am 23. 12. 1988 weitere Gerichtskosten einzahlte und um Verweisung des Rechtsstreits an das zuständige Landgericht bat. – Die Einrede der Verjährung ist mithin begründet.

Ihre Geltendmachung verstößt nicht gegen Treu und Glauben. Die Berufung der Beklagten auf Verjährung wäre dann treuwidrig und deshalb unwirksam, wenn der Kläger aus ihrem gesamten Verhalten für sie erkennbar das Vertrauen geschöpft hat und auch schöpfen durfte, die Beklagte werde diese Einrede nicht erheben, so in der Regel, wenn ausdrücklich auf die Einrede der Verjährung verzichtet worden ist. Das ist hier unstreitig nicht der Fall. **Der aus § 242 BGB abzuleitende Vertrauensschutz reicht aber nur so weit und gilt nur so lange, wie die den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung begründenden Umstände fortauern** (BGH MDR 91/902). – Bei Anwendung dieser Grundsätze ist die Berufung der Beklagten auf den Ablauf der Verjährungsfrist nicht treuwidrig. Richtig ist, daß die Beklagte im Januar 1986 insgesamt 4.000 DM auf alle drei Rechnungen gezahlt hat. Ferner sind unstreitig am 17. 2. 1986 Verhandlungen mit dem späteren Prozeßbevollmächtigten des Klägers aufgenommen worden. Sie hatten weitere Zahlungen der Beklagten zum Inhalt, allerdings war Ratenzahlung beabsichtigt. Dies allein vermochte jedoch noch keinen Vertrauenstatbestand auf seiten des Klägers zu begründen. – Selbst wenn man dieser Auffassung nicht folgt, so reichte ein etwaiger Vertrauensschutz des Klägers jedenfalls nicht weiter als bis zur Beantragung des Mahnbescheides v. 20. 3. 1986.

Ein mögliches Vertrauen des Klägers war zu dieser Zeit „verbraucht“. Dies räumt er in seinem Schriftsatz v. 13. 2. 1989 ein, indem er dort ausführt: „Da im März 1986 die Beklagte nicht bereit war, eine höhere Zahlung zu leisten, sah der Kläger die Verhandlungen als gescheitert an, so daß Mahnbescheid eingereicht wurde.“

Ein neuer Vertrauenstatbestand ist anschließend nicht entstanden. Das gilt zunächst für die Zeit zwischen Mahnbescheid (20. 3. 1986) und Aufnahme des Verfahrens (23. 12. 1988) nach vorangegangenem Stillstand. Es ist kein Verhalten innerhalb dieses Zeitraumes ersichtlich oder vorgetragen, woraus der Kläger neues Vertrauen dahingehend hätte schöpfen können, die Beklagte werde sich nicht auf Verjährung berufen. Ihr späteres Verhalten im Rechtsstreit gab ebensowenig Anlaß, ein solches Vertrauen aufkommen zu lassen. Die Ansicht des Klägers, jedenfalls nach der Beweisaufnahme zum Grund des Anspruches hätte die Beklagte den Prozeß durch Erhebung dieser Einrede beenden müssen, anstatt das Gericht in eine weitere, kostenintensive Beweisaufnahme zur Höhe des Anspruches eintreten zu lassen, kann nicht geteilt werden. **Es ist einem Schuldner grundsätzlich freigestellt, ob und wann er die Einrede der Verjährung erhebt.** Zu dem vom Kläger geforderten Verhalten bestand für die Beklagte aus deren Sicht um so weniger Veranlassung, als sie noch bis zum Schluß des erstinstanzlichen Verfahrens den Standpunkt

vertreten hat, dem Kläger stehe der geltend gemachte Anspruch nicht zu. Nachdem das Landgericht sie dann doch in Höhe eines Teils der Klageforderung verurteilt hatte, blieb es ihr unbenommen, sich erst in der Berufung in die Verjährung „zu flüchten“. Dies verstößt nicht gegen Treu und Glauben (Palandt, a.a.O., Überblick vor § 490, Rdz. 13; OLG Frankfurt, MDR 81/228).

Pauschalvereinbarung

- Unwirksame Pauschalhonorarvereinbarung
 - Rückzahlungsanspruch des Mandanten
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91)

Leitsatz:

Im Falle einer mangels Beachtung der vorgeschriebenen Schriftform (§ 14 StBGebV) nichtigen Pauschalhonorarvereinbarung bleibt dem Steuerberater der Anspruch auf die taxmäßige oder übliche Vergütung. Ein Anspruch des Auftraggebers auf Rückzahlung bereits geleisteter Pauschalbeträge gem. § 812 Abs. 1 BGB besteht nur insoweit, als die aufgrund der nichtigen Pauschalvereinbarung gezahlte Vergütung das dem Steuerberater nach der Gebührenordnung zustehende Honorar übersteigt.

Leitsatz (d.Verf.):

Der Mandant kann vom Steuerberater die Abrechnung der geleisteten Arbeiten verlangen, um so eine etwaige Überzahlung zu ermitteln. Das Abrechnungsrecht besteht so lange, wie der Berater verpflichtet ist, die Handakten aufzubewahren.

Aus den Gründen:

Die gegen diese Entscheidung gerichtete Berufung des Beklagten ist begründet, da der Klägerin ein Erstattungsanspruch nicht zusteht.

Die Annahme, der Beklagte habe die Vergütung für die Buchführungstätigkeit ohne Rechtsgrund im Sinne von § 812 Abs. 1 BGB erhalten, ist nicht richtig. **Denn der Honoraranspruch des Beklagten findet seinen Rechtsgrund in dem zwischen den Parteien geschlossenen Dienstvertrag mit Geschäftsbesorgungscharakter.** Im Falle einer nichtigen Pauschalvereinbarung bleibt dem Steuerberater jedenfalls der Anspruch auf die taxmäßige oder übliche Vergütung im Sinne von § 612 Abs. 2 BGB. Der Hinweis des Landgerichts auf das Urteil des 18. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 3. 5. 1990 – 18 U 243/89 – (IGI 1990, 115) trägt die angefochtene Entscheidung nicht. Der 18. Senat hat in dem erwähnten Urteil lediglich entschieden, daß dem Steuerberater im Falle einer nichtigen Pauschalhonorarvereinbarung allein die nach § 9 StBGebV spezifiziert zu berechnenden Gebühren zustehen und daß er nur in Höhe des Unterschieds zwischen den errechneten Gebühren und dem ohne Rechtsgrund gezahlten höheren Pauschalbetrag ungerechtfertigt bereichert ist.

Die Geltendmachung eines derartigen Bereicherungsanspruches erfordert, daß der Auftraggeber darlegt, in welchem Umfang die gezahlten Pauschalbeträge das dem Steuerberater zustehende und nach der Gebührenordnung berechnete Honorar übersteigt. Ein begründeter Anlaß, im Verhältnis zwischen Steuerberater und Auftraggeber von dem allgemeinen Grundsatz abzuweichen, daß der Gläubiger einer Forderung aus § 812 Abs. 1 BGB die Voraussetzungen für einen Bereicherungsanspruch darlegen und beweisen muß, ist nicht gegeben. Denn der Mandant hat die Möglichkeit, eine etwaige Überzahlung auf andere Weise zu ermitteln. Hat der Auftraggeber die Vergütung gezahlt, ohne eine Berechnung erhalten zu haben, so kann er die Mitteilung der Berechnung auch noch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses fordern, solange der Steuerberater zur Aufbewahrung der Handakten verpflichtet ist. **Die Klägerin hatte es in der Hand, die Mitteilung der Berechnung zu verlangen, um so eine etwaige Überzahlung zu ermitteln. Unterbleibt eine solche Forderung auf die Berechnung, dann kann die geleistete Zahlung nicht zurückgefordert werden** (Eckert/Böttger, StBGebV, 2. Aufl., § 9 Rdnr. 3). **Das Nachforderungsrecht des Mandanten auf Abrechnung besteht so lange, wie der Berater verpflichtet ist, die Handakten aufzubewahren** (Eggesiecker in: Bonner Handbuch der Steuerberater, Teil Gebührenrecht, Rdnr. 9.680). Im Streitfall hat der Beklagte auf Anfrage des Senats

klargestellt, daß sich die Handakten weiterhin in seinem Besitz befinden. Demnach hatte die Klägerin die Möglichkeit, eine etwaige Überzahlung mit Hilfe von § 9 StBGebV zu ermitteln. Keinesfalls aber ist sie berechtigt, die erbrachten Leistungen insgesamt zurückzufordern.

.....

Pauschalvergütung

– Schriftform (§ 14 Abs. 1 StBGebV)

Heilung des Formmangels

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Vereinbarung einer Pauschalvergütung bedarf der Schriftform (§ 14 Abs. 1 StBGebV); die Unterschrift beider Parteien auf einer Vertragsurkunde ist erforderlich (§ 126 Abs. 2 BGB).
2. Nach Inkrafttreten der Gebührenverordnung hätte der Steuerberater auf die nach dem Gesetz erforderliche Schriftform hinweisen müssen.
3. Entsprach das monatliche Honorar der Forderung des Steuerberaters, so ist er auch bei fehlender Schriftform nicht in der Lage nachträglich höhere Gebühren in Rechnung zu stellen.

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger war in der Zeit von 1975 bis 1988 für den Beklagten als Steuerberater tätig. Hierfür entrichtete der Beklagte eine Pauschalvergütung. Mit Schreiben vom 8.12.1981 bat der Kläger um eine einverständliche Anhebung des monatlichen Pauschalbetrages auf 490 DM zuzüglich Mehrwertsteuer. Dem stimmte der Beklagte zu und veranlaßte eine entsprechende Änderung des laufenden Dauerüberweisungsauftrages.

Im Anschluß an das Ende des Mandatsverhältnisses im Juni 1988 stellte der Kläger seine in den Jahren 1986, 1987 und 1988 erbrachten Leistungen in Rechnung, und zwar spezifiziert nach §§ 28, 29, 33 und 34 StBGebV,

und forderte den Beklagten zur Zahlung von 9.949,06 DM auf. Hieraus erkannte der Beklagte gemäß Schreiben vom 19. 8. 1989 einen Teilbetrag von 1.307,58 DM als berechtigt an. Im übrigen berief er sich auf die zwischen den Parteien getroffene Pauschalhonorarvereinbarung.

Das Landgericht hat den Beklagten antragsgemäß zur Zahlung des Resthonorars in Höhe von 8.641,48 DM verurteilt; auf die Vereinbarung eines Pauschalhonorars könne sich der Beklagte nicht berufen, weil die nach dem Gesetz vorgesehene Schriftform nicht gewahrt sei.

II.

1. Grundsätzlich bedarf die **Vereinbarung einer Pauschalvergütung** zu ihrer Wirksamkeit der **Schriftform** (§ 14 Abs. 1 StBGebV). Die vom Kläger ausgeführten Leistungen – Finanzbuchhaltung, Lohnbuchhaltung, Personalbuchhaltung – erstreckten sich über mehrere Jahre und konnten somit nach Art und Dauer Gegenstand einer Pauschalhonorarvereinbarung sein.
2. Unstreitig haben die Parteien die vorgeschriebene Schriftform nicht beachtet. Dazu reicht es insbesondere nicht aus, daß der Kläger den Beklagten schriftlich gebeten hat, einer Anhebung des Pauschalhonorars zuzustimmen, und daß der Beklagte daraufhin seine Bank- oder Sparkasse schriftlich beauftragt hat, den Dauerüberweisungsauftrag entsprechend zu ändern. Denn nach § 126 Abs. 2 BGB ist die **Unterschrift beider Parteien auf der Vertragsurkunde erforderlich**. Dazu reicht die Unterschrift auf einer an das Kreditinstitut des Beklagten gerichteten Anweisung nicht aus. Rechtlich ohne Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand, daß der Beklagte nachträglich seine Unterschrift dem Aufforderungsschreiben des Klägers vom 8. 12. 1981 hinzugefügt hat. Hierbei handelt es sich nicht um eine – im übrigen verspätete – an den Kläger auf Abschluß einer Pauschalhonorarvereinbarung gerichtete Willenserklärung.
3. In Übereinstimmung mit dem Landgericht geht auch der Senat davon aus, daß **§ 242 BGB** dem Einwand der Formnichtigkeit des Rechtsgeschäfts grundsätzlich nicht entgegensteht. Gleichwohl ist der Kläger mit Rücksicht auf die konkrete Ausgestaltung des Streitfalles daran gehindert, gegenüber dem Beklagten seine Leistungen nachträglich nach einem auf den jeweiligen Gegenstandswert anfallenden Gebührensatz zu berechnen. Das Gesetz erkennt in einer Reihe von Fällen an, daß durch Erfüllung eines formnichtigen Vertrages dessen Heilung eintritt (§§ 313, 518, 766 BGB). Auch wenn es keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz des Inhalts gibt, daß formungültige Rechtsge-

schäfte durch Erfüllung geheilt werden (Palandt/Heinrichs, §125 BGB Rdnr. 11), ist die Frage der Heilung des Formmangels durch Erfüllung im Einzelfall je nach dem Schutzzweck der Norm zu entscheiden. **Die Anordnung der Schriftform durch §14 StBGebV schützt den Steuerberater – ähnlich wie den Unternehmer – davor, im Falle des Einwands einer Pauschalhonorarvereinbarung den Nachweis erbringen zu müssen, daß eine derartige Pauschalabrede nicht getroffen sei und daß er – Unternehmer bzw. Steuerberater – daher weiterhin berechtigt sei, die übliche Vergütung zu fordern.** Demnach dient das Erfordernis der Schriftform dem Schutz des Steuerberaters. Von daher gesehen ist es gerechtfertigt, in Fällen, in denen der Steuerberater schriftlich ein Pauschalhonorar fordert und der Mandant darauf eingeht, durch die nachfolgende Vertragserfüllung die fehlende Schriftform als geheilt anzusehen. Jedenfalls ist daran festzuhalten, daß der Steuerberater sich gegenüber seinem Mandanten schadenersatzpflichtig macht, wenn er nach Inkrafttreten der Gebührenverordnung jahrelang nach der formunwirksamen Pauschalvereinbarung abrechnet, ohne auf die nach dem Gesetz erforderliche Schriftform hinzuweisen. In einem derartigen Fall kann der Mandant **im Wege des Schadenersatzes verlangen, so gestellt zu werden, wie wenn nach entsprechendem Hinweis die Schriftform eingehalten worden wäre.** Dies bedeutet, daß dem Kläger über das vom Beklagten entrichtete Pauschalhonorar keine weitere Vergütung zusteht.

Gebührenanspruch, § 611 Abs. 1 BGB

– Interessenkollision

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.1.1992 – 13 U 89/91)

Leitsatz:

Ein Steuerberater, der bei bestehender Interessenkollision unter Verstoß gegen die in Nr. 3 der Richtlinien für die Berufsausübung normierten Standespflicht einen Dritten bei der Durchsetzung von Forderungen gegen seinen Auftraggeber unterstützt, verliert seinen Honoraranspruch in vollem Umfang jedenfalls dann, wenn er keine Tätigkeit entfaltet hat, deren Ergebnis für den Auftraggeber objektiv von Nutzen ist.

Aus den Gründen:

Für seine in der Rechnung vom 23. 7. 1990 spezifizierte steuerberatende Tätigkeit steht dem Kläger ein gegen die Beklagte gerichteter **Honoraranspruch nach § 611 Abs. 1 BGB nicht zu.**

Allerdings ist im Anschluß an die Ausführungen auf Seiten 4 und 5 des angefochtenen Urteils davon auszugehen, daß der Zeuge B., der seinerzeit alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Beklagten war, am 31. 3. 1990 namens und in Vollmacht der Beklagten den Kläger wirksam beauftragt hat, die Beklagte in betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Fragen zu beraten. Das Auftragsschreiben vom 31. 3. 1990 ist eine Privaturkunde im Sinne von § 416 ZPO. Die Echtheit der Unterschrift des Geschäftsführers B. steht außer Streit. Demnach ist davon auszugehen, daß B. auch die in der Urkunde enthaltenen Erklärungen abgegeben hat. **Für ihre Behauptung, es handele sich um ein Scheingeschäft, hat die Klägerin keinen Beweis angetreten.** Der weitere Einwand, B. habe den Auftrag unter Mißbrauch seiner Vertretungsmacht erteilt, ist gegenüber dem Kläger unerheblich. Ob der Geschäftsführer B. seine Befugnisse mißbraucht hat, berührt in erster Linie das Innenverhältnis zur Beklagten. Anzeichen für ein arglistiges Zusammenspiel zwischen dem Kläger und dem Geschäftsführer B. bereits am 31. 3. 1990 sind nicht zu erkennen und werden auch nicht konkret behauptet.

Ob der Kläger im Rahmen dieses Dienstleistungsverhältnisses ein der Rechnung vom 23. 7. 1990 entsprechendes Arbeitsergebnis vorzuweisen hat, ist allerdings nicht gesichert. Zweifel sind insoweit gerechtfertigt, als der Kläger erstmals in der Berufungserwiderung vom 3. 7. 1991 eine zusammenfassende Darstellung des Umfangs und des Ergebnisses seiner Bemühungen angeboten hat. Ob die so beschriebene Leistung den Aufwand der berechneten 52 Arbeitsstunden rechtfertigt, kann indessen dahinstehen, weil der Kläger aus einem anderen Grund auch nicht für einen Teil seiner Leistungen eine Vergütung beanspruchen kann.

Denn die Beklagte beruft sich mit Erfolg darauf, daß der Kläger nicht ihre Interessen wahrgenommen, sondern ausschließlich die entgegengesetzten persönlichen Belange des Zeugen B. vertreten habe. Dieser Sachvortrag der Beklagten ist durch das Ergebnis der in zweiter Instanz durchgeführten Beweisaufnahme weitgehend bestätigt worden. Zwar ist nicht erwiesen, daß der Kläger auf eine entsprechende Frage des Zeugen H. in der Besprechung am 5. 4. 1990 ausdrücklich erklärt hat, er trete für den Zeugen B. auf und werde in dessen Interesse tätig. Aufgrund des übrigen Ergebnisses der Beweisaufnahme ist jedoch festzustellen, daß der Kläger, obwohl damit beauftragt, die Beklagte in betriebswirtschaftlichen und

steuerlichen Fragen zu beraten, sich darauf konzentriert hat, den Zeugen B. bei der Durchsetzung seiner gegen die Beklagte gerichteten Ansprüche aus Anlaß der Beendigung seiner Geschäftsführertätigkeit und des Ausscheidens als Mitgesellschafter zu unterstützen. Im Verlauf der Unterredung am 5. 4. 1990, die nur wenige Tage nach der Auftragserteilung stattfand und an der außer dem Kläger die Zeugen B. und H. teilgenommen haben, hat der Kläger die an die Beklagte gerichteten Forderungen des Zeugen B. bekanntgegeben und formuliert. Die vom Kläger vorgenommene Prüfung des Geschäftsergebnisses der Beklagten aus dem Jahre 1989 spielte im Verlauf der Unterredung am 5. 4. 1990 nur eine untergeordnete Rolle. Der Zeuge H. ist zu der Unterredung am 5. 4. 1990 mit der Vorstellung erschienen, nach einer Lösung zur Beilegung des Streits zwischen dem Zeugen B. und dem Mitgesellschafter D. zu suchen. Im Verlauf des Gesprächs hat der Kläger dargelegt, welche Forderungen im Falle eines Ausscheidens des Zeugen B. als Geschäftsführer und Gesellschafter erfüllt sein müßten. Die Aussage des Zeugen B. ist nicht geeignet, die Richtigkeit der Angaben des Zeugen H. in Zweifel zu ziehen. Zwar hat der Zeuge B. zu Beginn seiner Vernehmung die Darstellung des Klägers bestätigt, wonach Gegenstand der Besprechung am 5. 4. 1990 vorwiegend Fragen zur Richtigkeit der Bilanz und zur Bewertung einzelner Geschäftsvorgänge gewesen seien. Daß diese Würdigung des Zeugen B. nicht zutrifft, ergibt sich aber aus dem weiteren Verlauf seiner Aussage. Denn der Zeuge B. bestätigt sodann, daß der Zeuge H. Gesprächsnotizen gefertigt habe, in denen das wesentliche Ergebnis der Besprechung zusammengefaßt worden sei, und daß diese Aufzeichnungen nach Gesprächsende fotokopiert, in Reinschrift übertragen und den einzelnen Gesprächsteilnehmern zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Aufzeichnungen stimmen überein mit den zu den Gerichtsakten überreichten Fotokopien. Der Inhalt dieser Schriftstücke befaßt sich ausschließlich mit den finanziellen Forderungen des Zeugen B. für den Fall seines Ausscheidens als Gesellschafter und Geschäftsführer. Die Aussagen der Zeugen H. und B. rechtfertigen somit, soweit sie inhaltlich übereinstimmen, die Feststellung, daß der Kläger einseitig die Interessen des Zeugen B., der wiederum den Kläger namens der Beklagten beauftragt hatte, wahrgenommen hat. Angesichts dieses Interessenwiderstreits hätte der Kläger seine Tätigkeit für die Beklagte einstellen müssen. Durch die Vertretung der Interessen des Zeugen B. hat der Kläger gegen eine wesentliche und in Nr. 3 der Richtlinien für die Berufsausübung normierte Standespflicht verstoßen. Hiernach darf ein Steuerberater oder ein Steuerbevollmächtigter nicht tätig werden, wenn die Besorgnis einer Interessenkollision gegeben ist. Als Auftragnehmer der Beklagten durfte der Kläger im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses nicht die entgegengesetzten persönlichen Belange des vom Ausschluß bedrohten Geschäftsführers B. wahrnehmen.

Die Außerachtlassung des Gebots, eine Interessenkollision zu vermeiden, führt, im gegenständlichen Fall zum Verlust des gesamten Honoraranspruchs des Klägers. Die Zubilligung eines Teilhonorars kommt allein deshalb nicht in Betracht, weil nicht dargetan ist, daß der Kläger bis zur Unterredung am 5. 4. 1990 eine Tätigkeit entfaltet hat, deren Ergebnis für die Beklagte objektiv von Nutzen war. Die Durchsicht und Auswertung der vom Zeugen B. überlassenen Geschäftsunterlagen der Beklagten reicht insoweit nicht aus, weil das Ergebnis dieser Bemühungen vom Kläger dazu verwendet wurde, die vom Zeugen B. erhobenen Ansprüche gegen die Beklagte zu untermauern.

Verjährung des Regreßanspruchs, § 68 StBerG

- Fristversäumnis
- Sekundäranspruch, Verjährungsbeginn
- Stillhalteabkommen bei Verhandlungen?
- unzulässige Rechtsausübung

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91)

Leitsätze:

1. Versäumt der Steuerberater eine gesetzliche Frist nach § 56 Abs. 1 FGO, dann ist ein Schaden im Sinne des § 68 StBG mit dem Ablauf der Frist entstanden.
2. Die Verjährung des Sekundäranspruchs beginnt auch bei fortbestehendem Mandat spätestens mit der Vollendung der Verjährung des Primäranspruchs (im Anschluß an: BGH NJW 1985, 2250, 2253, Gl 32/85).

II.

Es kann zugunsten des Klägers unterstellt werden, daß dem Erblasser auch ansonsten eine Verletzung seiner auf dem Mandatsverhältnis beruhenden Handlungspflichten zur Last zu legen ist. Denn ein Steuerberater hat, wenn ihm der Auftrag zur Führung eines Finanzgerichtsprozesses erteilt worden ist, die gesetzlichen und die vom Gericht gesetzten Fristen einzuhalten (BGH WM 1985, 203). Daß die rechtzeitige

Klageerhebung an notwendigen, vom Kläger aber nicht erbrachten Mitwirkungshandlungen gescheitert ist, hat der Beklagte nicht substantiiert dargelegt. Die auf der Versäumung der Klagefrist beruhenden Schadenersatzansprüche sind jedoch verjährt.

1. Nach § 68 Steuerberatergesetz (StBG) verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Auf die Kenntnis des Geschädigten von der Pflichtverletzung kommt es nicht an (BGH NJW 1985, 2250, 2252 = GI 32/85). Wird eine gesetzliche Frist im Sinne des § 56 Abs. 1 FGO versäumt, bei der Frist des § 47 Abs. 1 FGO handelt es sich um eine solche, **so ist der Schaden mit dem Ablauf dieser Frist entstanden**. Die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen und die Frage, wann die Entscheidung des Gerichts über das **Wiedereinsetzungsgesuch** rechtskräftig wird, sind ohne Bedeutung. Wollte man auf diesen Zeitpunkt abstellen, wäre der Verjährungsbeginn ungewiß, weil von der Entscheidung des Finanzgerichts abhängig. Die Frist zur Klageerhebung endete hier am 29.10.1984. Die am 30.10.1984 in Gang gesetzte Verjährungsfrist lief auch hinsichtlich der übrigen Kosten des finanzgerichtlichen Verfahrens. **Bei jedem Schadeneintritt beginnt die Verjährung einheitlich für alle daraus entstandenen Folgen, soweit diese beim Auftreten des ersten Schadens voraussehbar waren** (BGH NJW 1979, 264). Mit der verspäteten Einreichung der Klage waren auch die Prozeßkosten nutzlos aufgewandt. Die bis zum 29.10.1987 laufende Verjährungsfrist ist weder unterbrochen noch gehemmt worden. Im Zeitpunkt der Klageerhebung im Jahre 1991 war der Schadenersatzanspruch längst verjährt.

2. Der gegen den Erblasser gerichtete **Sekundäranspruch** ist ebenfalls verjährt.

Die den Belangen des Steuerberaters in besonderer Weise Rechnung tragende Verjährungsregelung des § 68 StBG erfordert, daß der Steuerberater in gleicher Weise wie ein Rechtsanwalt Maßnahmen trifft, die darauf abzielen, seinem Auftraggeber die entstandenen Regreßmöglichkeiten zu erhalten. **Hat der Steuerberater vor Ablauf des Primäranspruchs begründeten Anlaß zu prüfen, ob er dem Mandanten durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, und muß er dabei eine durch seinen Fehler eingetretene Schädigung erkennen, so entsteht die Verpflichtung, hierauf sowie auf die kurze Verjährungsfrist des § 68 StBG hinzuweisen** (BGH NJW 1992, 836, 837; NJW 1984,

1285). Hier hatte der Erblasser im Laufe des finanzgerichtlichen Verfahrens **Grund zu der Annahme, daß durch seine Pflichtverletzung Schaden für den Kläger drohte. Mit seinem Schriftsatz vom 24. 9. 1986 sah er sich veranlaßt, gegenüber dem Finanzgericht zu der Art und Weise der Klageerhebung Stellung zu nehmen.** Eine Belehrung über die Regreßmöglichkeit hat der Erblasser aber unstreitig nicht erteilt. Dem Kläger stünde daher der sogenannte Sekundäranspruch zu, der darauf gerichtet ist, ihn so zu stellen, als wäre die Verjährung des primären Schadenersatzanspruches nicht eingetreten. Die vom Beklagten erhobene Verjährungseinrede greift aber auch hier durch.

Das Landgericht ist zutreffend davon ausgegangen, daß für den Sekundäranspruch ebenfalls die Verjährungsregelung des § 68 StBG gilt. Entgegen der Auffassung des Klägers hat die Verjährung im vorliegenden Falle im Hinblick auf das noch bis Anfang Februar 1989 bestehende Mandat des Erblassers nicht erst mit der Erlangung der Kenntnis vom Regreßanspruch zu laufen begonnen. Auf die Entscheidung des VI. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs (NJW 1984, 2204 = GI 13/84) kann sich der Kläger nicht berufen. Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichts, der nunmehr zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten betreffend Ansprüche aus steuerlicher Beratung allein zuständig ist (vgl. BGH NJW 1992, 307, 309 = GI 92, 59), folgt der Auffassung des VI. Zivilsenats nichts. Gemäß § 68 StBG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Ein Anspruch ist entstanden, wenn seine Voraussetzungen erfüllt sind, ein Sekundäranspruch also mit der Vollendung der Verjährung des Regreßanspruchs (BGH IX. Zivilsenat – NJW 1985, 2250, 2253 = GI 32/85; vgl. auch XI. Zivilsenat – MDR 1991, 340). Für das Hinausschieben dieses Termins bis zum Mandatsende gibt es keine gesetzliche Grundlage. Nach dem Eintritt der Verjährung des Regreßanspruchs kann ein Sekundäranspruch nicht mehr ausgelöst werden, weil die Belehrung des Mandanten einen – bereits verjährten – Regreßanspruch nicht mehr erhalten kann (BGH NJW 1985, 2250, 2253 = GI 32/85). Mit Ablauf des 29. 10. 1990 war mithin die Verjährungsfrist des Sekundäranspruchs vollendet.

3. Auf ein **pactum de non petendo** mit der Wirkung des § 202 Abs. 1 BGB kann sich der Kläger nicht berufen. Ein Stillhalteabkommen, das der Haftpflichtversicherung des Erblassers ein Leistungsverweigerungsrecht eingeräumt und die Verjährbarkeit des Anspruchs gleichzeitig hinausgeschoben hat, ist für einen bedeutsamen Zeitraum nicht zustande gekommen. **Daß der anwaltlich vertretene Kläger Verhandlungen über den Anspruch mit der Haftpflichtversicherung geführt hat,**

reicht nicht aus (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB, 50. Aufl., § 202 Rdn. 8 m.w.N.). Aus der vorgelegten Korrespondenz ließe sich allenfalls für die Zeit vom 4./5. Juli bis 15./16. Juli 1989 ein Stillhalteabkommen herleiten. Allerdings hatte die Haftpflichtversicherung des Erblassers den Anwälten des Klägers unter dem 26. 5. 1989 anheimgestellt, die ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen vor Erhebung der Klage kurzfristig aushändigen. Auf dieses Schreiben ist dann aber erst am 3. 7. 1989 reagiert worden. Wenn man also im Schreiben der Haftpflichtversicherung vom 26. 5. 1989 das Angebot zum Abschluß eines Stillhalteabkommens sehen wollte, fehlt bis zum 3. 7. 1989 die Annahmeerklärung des Klägers. Bereits am 14. 7. 1989 hat die Haftpflichtversicherung des Erblassers aber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sich ein Anspruch aus den überreichten Unterlagen nicht rechtfertigen lasse.

4. Allerdings ist die Einrede der Verjährung nicht zu berücksichtigen, wenn sie gegen das aus **§ 242 BGB** abzuleitende Verbot **unzulässiger Rechtsausübung** verstößt. Der Zweck der Verjährungsregelung in § 68 StBG gebietet es aber, strenge Maßstäbe anzulegen und den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung nur gegenüber einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen zu lassen, etwa wenn der Verpflichtete der Berechtigten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten oder ihn nach objektiven Maßstäben zu der Annahme veranlaßt hat, es werde auch ohne Rechtsstreit eine vollständige Befriedigung seines Anspruchs zu erzielen sein (BGH NJW 1988, 2245, 2247 = GI 88, 226). Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt. Mit Schreiben vom 26. 4. 1990 hat die Haftpflichtversicherung des Erblassers das erneute Verhandlungsangebot des Klägers endgültig abgelehnt. Danach lief die Verjährungsfrist hinsichtlich des Sekundäranspruchs noch sechs Monate. Während dieser Zeit hätte eine die Verjährungsfrist unterbrechende Klage rechtshängig gemacht werden können.

III.

Der Kläger kann schließlich nicht die Rückzahlung des an den Erblasser gezahlten Honorars beanspruchen. Das seinerzeit geschlossene Vertragsverhältnis ist als Dienstvertrag anzusehen, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hatte. **Mangelnde Leistungen des ihm Verpflichteten erlauben dem Dienstberechtigten nicht eine Minderung der Vergütung, da der Dienstberechtigte nach dem Gesetz die Gefahr des Mißlingens trägt** (BGH NJW 1982, 1532 = GI 11/82). Bei der Verletzung von Dienstpflichten gelten die allgemeinen Vorschriften über Unmöglichkeit, Verzug und

Schlechterfüllung. Schadenersatzansprüche wegen Schlechterfüllung hat der Kläger aber nicht hinreichend substantiiert dargelegt. Der Erblasser hat ja nicht nur das finanzgerichtliche Verfahren betreffend die Einkommensteuer für die Jahre 1980 und 1981 geführt, sondern auch die Steuererklärungen für die Jahre 1980 bis 1984 bearbeitet. Das ergibt sich ohne weiteres aus dem vom Kläger auf den Überweisungsträgern angegebenen Verwendungszweck für die Zahlung von insgesamt 4.000 DM. Es ist völlig offen, ob in dem vorgenannten Betrag bereits ein Entgelt für die Führung des finanzgerichtlichen Verfahrens enthalten war.

Versicherungsschutz

- Treuhänder
- Bauherrenmodell
- geschäftsführende Tätigkeit

(OLG Köln, Urt. v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90 – rkr.
nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 6. 5. 1992 –
IV ZR 220/91 – r+s 1993, 9)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Zentraltreuhänder im Bauherrenmodell übt keine aufsichtsführende, sondern eine geschäftsführende Tätigkeit aus. (Im Anschluß an OLG Düsseldorf GI 1989, 51; OLG München GI 1988, 66).
2. Die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Wirtschaftsprüfer deckt geschäftsführende Treuhandtätigkeiten nicht.
3. Vorvertragliche Pflichtverletzungen in bezug auf eine nicht versicherte Tätigkeit sind ebenfalls nicht gedeckt.

Aus den Gründen:

1. Nach Ziffer IV. b) der dem VersVertrag für die fragliche Zeit unstreitig zugrundeliegenden „Risikobeschreibung St“ für die Vermögensschaden-Haftpflichtvers. sind nicht versichert alle unternehmerischen Tätigkeiten wie z. B. die Empfehlung wirtschaftlicher Geschäfte, insbesondere von Geldanlagen und Kreditgewährungen, die Tätigkeit als Vorstand, Aufsichtsrat, Beirat oder Geschäftsführer, sowie ein unternehme-

risches Risiko, das sich im Rahmen der Ausübung einer gedeckten Tätigkeit ergeben kann, z. B. als Konkursverwalter bei der Fortführung eines Unternehmens, als Testamentsvollstrecker, soweit ein gewerbliches Unternehmen zum Nachlaß gehört, als Notgeschäftsführer, als geschäftsführender Treuhänder.

Die Voraussetzungen des Ausschlusses sind im Streitfall gegeben. Entgegen der Auffassung der Kläger handelt es sich bei der Tätigkeit, anläßlich der die A. die ihr anzulastende Pflichtverletzung begangen hat, nicht lediglich um eine aufsichtführende Treuhandtätigkeit, sondern um eine Tätigkeit als geschäftsführende Treuhänder.

Nach dem Treuhandvertrag vom 6. 12. 1983 war die A. der zuständige Vertreter der Kläger und hatte zu ihrer Entlastung alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Durchführung des geplanten Bauvorhabens zu entfalten (vgl. zum geschäftsführenden Treuhänder OLG Düsseldorf = Gl 89, 51; VersR 90, 411; OLG München, Gl 88, 66 = VersR 89, 1293). Unter anderem war die A. beauftragt und bevollmächtigt, im Namen und für Rechnung der Kläger folgende Verträge abzuschließen: Grundstückskaufvertrag, Gesellschaftsvertrag, Bauleistungsvertrag, Architektenvertrag, Mietgarantievertrag, Vertrag über die Beschaffung einer Landesbürgschaft, Liquiditätsgarantievertrag, Finanzierungsbeschaffungs- und -beratungsvertrag, Baubewachungsvertrag, Bauvers-Vertrag. Ferner durfte die A. dingliche Sicherheiten bestellen, die öffentlichen Mittel beantragen und die entsprechenden Verträge schließen, Darlehensverträge abschließen, Konten für die Kläger eröffnen und darüber verfügen sowie den gesamten Zahlungsverkehr abwickeln. Wenn auch in § 1 Abs. 3 des Treuhandvertrages geregelt ist, daß der Treuhänder, soweit der Treugeber ihm im Einzelfall ausdrücklich Weisungen für die Führung der Treuhandgeschäfte erteilt, diese zu beachten hat, soweit sie die Interessen der übrigen Gesellschafter nicht verletzen, so hat sich die Klägerin durch die vorbezeichnete, umfassende Vollmachtserteilung ihrer eigenen Entscheidungsfreiheit im Rahmen der im Treuhandvertrag geregelten Tätigkeiten des Treuhänders begeben. Dies zeigt auch deutlich der im Treuhandvertrag niedergelegte Hinweis des Notars, daß die Ausgestaltung der für die Verwirklichung des Bauvorhabens **abzuschließenden Verträge dem pflichtgemäßen Ermessen des Treuhänders überlassen ist.**

2. **Zu Unrecht versucht die Klägerin, die Tätigkeit der A. in einen unternehmerischen und in einen nicht unternehmerischen Teil aufzuspalten.** Zwar ist es richtig, daß die der A. anzulastende Pflichtverletzung nicht während der Laufzeit des Treuhandvertrages, sondern zeitlich davor

bei dessen Anbahnung begangen worden ist. Insoweit hat das LG den Schadenersatzanspruch der Klägerin im Urteil v. 4. 12. 1987 ausdrücklich auf den Gesichtspunkt der culpa in contrahendo (c.i.c.) gestützt. Die Pflichtverletzung der A. ist dahin festgestellt worden, die Klägerin nicht darauf hingewiesen zu haben, daß die Durchführung des Bauherrenmodells angesichts der Unsicherheit im Hinblick auf die Förderung aus öffentlichen Mitteln risikobehaftet war, obwohl der A. diese Umstände bekannt waren bzw. hätten bekannt sein müssen. An diese im Haftpflichtprozeß getroffenen Feststellungen ist der Senat gebunden.

Für die Frage, **ob ein Ausschluß vom VersSchutz vorliegt, ist entscheidend, daß diese Pflichtverletzung der A. im Vorfeld und mit unmittelbarem Bezug auf die Treuhandtätigkeit begangen worden ist, die ihrerseits eine geschäftsführende Treuhandtätigkeit darstellt, und daß daraus der Schaden der Klägerin entstanden ist.** Auch die Pflichtverletzung bei Anbahnung eines Vertragsverhältnisses, für das kein VersSchutz besteht, wird durch den Risikoausschluß erfaßt. **Vorvertragliche Pflichtverletzungen in bezug auf eine nicht vers. Tätigkeit sind ihrerseits auch nicht gedeckt.**

3. Soweit die Klägerin bei der schadenbegründenden Unterlassung der A. auf eine fehlerhafte steuerliche Beratung abstellen will, greift dies nicht durch. In Betracht käme insoweit eine positive Verletzung eines – was bestritten ist – zwischen ihr und der A. damals bestehenden Steuerberatervertrages oder ein Verschulden bei den Vertragsverhandlungen vor Abschluß eines Steuerberatervertrages mit der Bauherrengemeinschaft.

Die vom LG festgestellte Pflichtverletzung der A. stellt jedoch keine fehlerhafte steuerliche Beratung dar. Der Schaden der Klägerin ist nicht aus einer solchen entstanden, etwa im Rahmen der Vermittlung von Grundstücksgeschäften im Sinne von § 4 Abs. 4 AVB-WB, so daß auch auf diesem Wege ein Wiedereinschluß in der Versicherung nicht in Betracht kommt.

GI Leitsätze

Fristwahrende Schriftsätze / Telefax / Ausgangskontrolle

Ein Rechtsanwalt, der sich zur Übermittlung fristwahrender Schriftsätze eines Telefaxgerätes bedient, genügt seiner Verpflichtung, für eine wirksame Ausgangskontrolle zu sorgen, nicht, wenn er es unterläßt anzuordnen, daß im Anschluß an den Sendevorgang ein Sendebericht des Gerätes erstellt und auf Übermittlungsstörungen überprüft wird.

(BGH, Beschl. v. 24. 3. 1993 – XII ZB 12/93)

Anwaltshaftung / Aktienrechtliche Anfechtungsklage / Abfindungsbetrag

Zur Frage der Schadenersatzpflicht eines Rechtsanwalts, der als Rechtsberater von Anfechtungsklägern an dem Abschluß eines Vertrags über die Zahlung eines unzulässigen Abfindungsbetrags gegen Rücknahme einer aktienrechtlichen Anfechtungsklage und den dazu geführten Verhandlungen mitgewirkt hat.

(BGH, Urt. v. 14. 5. 1992 – II ZR 299/90 – VersR 1992, 1401)

GI Hinweise

Das Buch von Schwedhelm, Die Unternehmensumwandlung, füllt eine Lücke in der vielfältigen Umwandlungsliteratur. Das Thema gehört zu den schwierigsten und deshalb haftungsanfälligen Steuerberatungsproblemen. Das Werk von Schwedhelm ist hervorragend für den Steuerpraktikergesamt geeignet. Es geht von der gegenwärtigen Gesellschaftsform aus und führt den Leser zur künftigen Rechtsform. Schwedhelm bringt die zivilrechtlichen und steuerrechtlichen Beratungsaspekte jeder Umwandlung „auf den Punkt“.

(Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1993, 331 Seiten DIN A5, 98,- DM, ISBN 3-504-62304-7)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 6, 1993)

Amtspflichtverletzung d. FA		Freie Mitarbeiter	
– Mitwirkungspflicht	93, 56	– Dienstvertrag	93, 200
– Schätzung	93, 56	Fristenkontrolle	
Anerkennung		– Ausgangskontrolle	
– d. Honorarforderer	93, 149	= Telefax	93, 221
Bankhaftung		– Fristversäumnis, unverschuldete –	
– Aufklärungspflichten, Kapitalanleger	93, 43	= Flucht i. d. Säumnis	93, 116
– Bankreferenz	93, 43	– Telefax	
– Haftungsbeschränkung, AGB	93, 200	= Ausgangskontrolle	93, 221
– Plausibilitätsprüfung	93, 200	– Unterschriftskontrolle	93, 194
– Prospekthaftung	93, 43	Gaststättenübernahmevertrag	93, 78
– Wissensvorsprung	93, 194	Gesamtschuldner	
– WVP-Testag	93, 200	– Baubetreuer, Treuhänder	93, 2
Bauherrenmodell		GmbH	
– Bauherr/Gebäudeerwerber	93, 62	– Steuerhaftung d. Geschäftsführers	93, 1
– Zwischenvermietung		Honoraranspruch d. StB	
= Einschränkung d. Rspr.	93, 62	– Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152
Belehrungspflicht d. RA		– Buchführung	
– über Literaturauffassungen	93, 139	= Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152
– Unterhaltsprozeß	93, 116	= Rahmensatz	93, 151
Belehrungspflicht d. StB/WP		– Datevgebühren	93, 150, 151
– Einfamilien- oder Zweifamilienhaus	93, 29	– Gebührenrahmen	
– Gebührenhöhe	93, 112	= Buchführungshonorar	93, 151
Beratung		– Interessenkollision	93, 207
– Umfang/Wirtschaftsberatung	93, 142	– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	93, 50
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO		= nichtige –, Vergütungsanspruch	93, 52, 203, 205
– Geschäftsunterlagen	93, 43	– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	93, 203
Beweislast		– Schreibgebühren, § 17 StBGebV	93, 152
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	93, 110	– Schriftform	93, 205
– Ausforschungsbeweis	93, 101	– Teilleistung	93, 200
Beweislast		– Verjährung des –	
– Honorarzahlung	93, 149	= Einrede in zweiter Instanz	93, 201
Darlegungslast z. Regreßanspruch		– Zeitgebühren	
– Schaden, § 287 ZPO	93, 98	= Darlegungslast	93, 51
Dienstvertrag		= Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51
– Fehler, Beweislast	93, 200	Honoraranspruch d. WP	
– freier Mitarbeiter d. StB	93, 200	– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44
– Teilleistung	93, 200	Kausalität	
Feststellungsklage		– f. Steuerhaftung	93, 188
– künftiger Anspruch	93, 117	Kenntnis d. Steuerrechts	
– und FG-Prozeß	93, 182	– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62
Firma		Kenntnis d. Zivilrechts	
– Zusatz „Revision“	93, 44	– BGH-Meinung	93, 139
Forderungsabtretung		Kündigung d. Mandats	
– Verschwiegenheitspflicht	93, 2	– fristlos, § 627 BGB	93, 159

Mustereinspruch	93, 74	= gemischte –	93, 116
Nachbesserung		– überörtliche –	93, 116
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47	Sozietätsvertrag	
Notar		– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2
– Belehrungspflichten		Standesrecht	
= Darlegungs-Beweislast	93, 3	– Gelegenheit z. Stellungnahme	93, 192
= Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78	Steuerberatungsvertrag	
– Erfüllungsgehilfe d. Beteiligten	93, 117	– wg. Haftungsbescheid gg. Geschäftsführer	93, 112
– Grundbucheinsicht	93, 3	Teilleistung	
– Rechtskenntnis	93, 3	– Vergütungsanspruch	93, 200
– Vermögensvormund	93, 103	Telefax	
– vertragswidrige Zwischenrechte	93, 137	– Ausgangskontrolle	93, 221
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91	Treuhänder	
Praxisabwickler		– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26
– Berufungsbefugnis	93, 44	– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2
Provisionsgeschäfte		– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26
– Untreue	93, 106	– Rechnungslegungspflicht	93, 2
Prüfungsauftrag		– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90
– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44	– Versicherungsschutz	93, 214
Rechtsanwalt		Untreue	
– Anfechtungsklage, aktienr.	93, 221	– verschleierte Provision	93, 106
– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78	Vergleichsverwalter	
– Beratungspflichten		– bestätigte Warenbestellung	93, 158
= Gaststättenübernahmevertrag	93, 78	Verjährung, § 51 BRAO	
– Vergleich, Mandanteninteresse	93, 158	– vorvertragliche Ansprüche	93, 91
– Vertreter, § 53 BRAO	93, 158	– f. RA-Treuhänder	93, 90
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		– Verjährungsbeginn	
– d. GmbH	93, 78	= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91
– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2		= Teilkündigung, Vertriebsvertrag	93, 163
= Kindergeld	93, 44	Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO	
vorvertraglicher Regreßanspruch		– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	
– Verjährung d.	93, 91	= Anlaß für –	93, 36
– Versicherungsschutz	93, 214	= Ersterwerbermodell	93, 142
Revision		– Verjährungsbeginn	
– durch WPG/StBerG	93, 2	= Bestandskraft	93, 36
Schaden		= Erlaß d. Steuerbescheides	93, 79
– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99	= Fristversäumnis	210
– Gerichtsentscheidung	93, 184	= Schlußbesprechung	93, 195
– Steuerhaftung d. GmbH-Geschäftsf.	93, 188	= mit Sicherheitsleistung	93, 79
– Steuervorteile		= Vermögensgefährdung,	
= rechtswidrige –	93, 44, 62	Gewerbesteuerminimierung	93, 35
– Zuschätzung	93, 36	= Wirtschaftsberatung	93, 142
Schadenersatz		= Zugang d. Steuerbescheides	93, 177
– Minderung d. Anschaffungskosten	93, 116	– Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch	
Sequester		= Primärverjährungsende	93, 210
– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78	– Verjährungshemmung	
Sozietät		= Verhandlung	93, 212
– irreführende Angaben, § 3 UWG		Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO	
		– Verjährungsbeginn	93, 21, 117

Vermögensvormund		BGH v. 1. 4. 1992 – XII ZB 21/92	93, 194
– ungewöhnliche Vertragsgestaltung	93, 103	= VersR 1992, 1421	
Versäumnisurteil		BGH v. 30. 4. 1992 – III ZR 151/91	93, 44
– Flucht i. d. Säumnis	93, 116	= WM 1992, 1148	
Verschwiegenheit		= BGHZ 118, 142	
– Forderungsabtretung	93, 2	= NJW 92, 2021	
Versicherungsschutz		BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 174/91	93, 21
– Treuhandtätigkeit	93, 214	= VersR 1992, 1482	
Verspätungszuschläge		= WM 1992, 1742	
– teilweise Berufsunfähigkeit d. StB	93, 108	= MDR 1992, 1188	
Werbeverbot		= NJW 1992, 3034	
– Drittwerbung	93, 2	BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91	93, 3
Wiedereinsetzung		= DB 1992, 1925	
– Hilfstätigkeit	93, 194	= WM 1992, 1662	
– Rechtsirrtum		= NJW 1992, 3237	
= Praxisabwickler, Befugnisse	93, 44	BGH v. 8. 10. 1992 – IX ZR 98/91	93, 78
– Unterschriftenkontrolle	93, 194	= WM 1993, 420	
Wirtschaftsberatung		= NJW RR 1993, 243	
– Umfang d. –	93, 142	= MDR 1993, 280	
Mustereinspruch	93, 74	BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92	93, 117
Wirtschaftsprüfer		= WM 1993, 251	
– Befangenheit, § 319 HGB	93, 44	= NJW 1993, 648	
– Rechtsberatung		BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92	93, 98
= Kindergeld	93, 44	= WM 1993, 382	
Zahlungsverkehr d. Mandanten		= NJW 1993, 734	
– Überwachung d. –	93, 188	BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 200/91	93, 163
Zuschätzung		BGH v. 9. 11. 1992 – II ZR 141/91	93, 90
– Schaden?	93, 36	= WM 1992, 2132	
Zwangsvollstreckung		= NJW 1993, 199	
– gg. betagten StB	93, 194	= BB 1992, 2454	
Zwischenvermietung		= MDR 1993, 84	
– Belehrungspflichten	93, 62	BGH v. 25. 11. 1992 – VIII ZB 29/92	93, 78
		= WM 1993, 67	
		= DB 1993, 266	
		= MDR 1993, 177	
BGH v. 12. 6. 1990 – V StR 268/89	93, 103	BGH v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92	93, 79
BGH v. 30. 10. 1990 – I StR 544/90	93, 106	= BB 1993, 244	
BGH v. 29. 11. 1990 – IX ZR 107/90	93, 137	= DB 1993, 322	
= WM 1991, 235		BGH v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92	93, 187
= BB 1991, 302		BGH v. 9. 2. 1993 – XI ZB 2/93	93, 158
= NJW 1991, 1113		BGH v. 13. 1. 1993 – VIII ZR 112/92	93, 159
= DB 1991, 694			
BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	93, 78	OLG Bamberg v. 25. 11. 1991 – 4 U 188/91	93, 26
= WM 1992, 527		OLG Bremen v. 30. 7. 1991 – 3 U 45/91	93, 2
= NJW RR 1992, 393		= DStR 1992, 78	
= MDR 1992, 906		OLG Celle v. 19. 12. 1990 – 3 U 111/89	93, 44
= DNotZ 1992, 457		= DStR 1992, 159	
BGH v. 24. 3. 1992 – X ZB 2/92	93, 44	OLG Celle v. 25. 3. 1991 – 6 U 41/91 n. rkr.	93, 78
= NJW 92, 2158		= RPKU 1.213/92	
= VersR 92, 1420			

OLG Düsseldorf v. 6. 2. 1991 – 6 U 90/90 = NJW-RR 1992, 1311		OLG Köln v. 26. 2. 1991 – 22 U 198/90 = RPKU 1.121/91	93, 194
OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 5 U 256/90, rkr. = RPKU 1.226/92	93, 2	OLG Köln v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90, rkr.	93, 214
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91	93, 205	OLG München v. 20. 3. 1992 – 21 U 6235/91 = NJW-RR 1992, 1309	93, 78
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 18 U 170/91	93, 29		
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 13 U 118/91	93, 47	LG Essen v. 9. 4. 1992 – 43 O 26/92 = WP-Mitt. 1992, 143	93, 44
OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 – 13 U 135/91	93, 50	LG Hannover v. 10. 1. 1992 – 303 o 232/91, rkr. = RPKU 1.216/92	93, 200
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 13/91	93, 112	LG Konstanz v. 20. 12. 1992 – 1 HO 36/91 = NJW 1992, 1241 = WP-Mitt. 1992, 140	93, 2
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 89/91	93, 207		
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91	93, 151	BFH v. 28. 8. 1991 – I R 37/91 = DStZ 1992, 254	93, 2
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91	93, 201	BFH v. 26. 3. 1992 – IV R 74/90 = BStBl 1993 II 96 = BB 1992, 2471 = DStR 1993, 89	93, 116
OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 146/91	93, 181		
OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 201/91	93, 149		
OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 – 13 U 218/91	93, 52	Beschl. v. 16. 12. 1991 – 46-110 (91) = WPK-Mitt. 1992, 132	93, 2
OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1992 – 13 U 159/91	93, 177		
OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91	93, 203	SG Freiburg v. 16. 1. 1992 – S 9 Kg 1157/91, n. rkr. = WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192	93, 44
OLG Düsseldorf v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91	93, 210		
OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91	93, 110	FG Saarland v. 28. 7. 1991 – I K 185/91	93, 108
OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992 – 13 U 258/91	93, 45		
OLG Düsseldorf v. 11. 9. 1992 – 14 U 31/92	93, 139		
OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992 – 18 U 160/92, rkr.	93, 56		
OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992 = RPKU 1.184/92	93, 2		
OLG Hamm v. 21. 3. 1991 – 28 U 208/90	93, 185		
OLG Hamm v. 18. 2. 1992 – 28 U 209/91	93, 158		
OLG Hamm v. 13. 5. 1992 – 25 U 193/91	93, 35		
OLG Hamm v. 27. 5. 1992 – 25 U 135/86, rkr.	93, 142		
OLG Karlsruhe v. 26. 2. 1992 – 6 U 156/91 = StB 1993, 9	93, 116		
OLG Koblenz v. 10. 2. 1992 – 5 W 73/92 = VersR 1993, 379	93, 194		
OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 – 5 U 1014/91, rkr.	93, 62		
OLG Koblenz v. 25. 6. 1992 – 5 U 97/92 = NJW-RR 1993, 413	93, 195		
OLG Koblenz v. 27. 10. 1992 – 3 U 1868/91 = NJW-RR 1993, 250	93, 200		
OLG Köln v. 27. 11. 1991 – 27 U 19/91 = OLG-Report 1992, 82	93, 116		
OLG Köln v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91	93, 36		